

Aktiv zu Hause einfordern und weltweit verteidigen

Überblick über die Situation der Pressefreiheit.

Von Christian Mihr

Abstract In den vergangenen zehn Jahren wurden weltweit 787 Journalist_innen und Medienmitarbeiter_innen in Folge der Ausübung ihres Berufes getötet. Dabei ist seit einigen Jahren eine Zunahme der Gewalt zu beobachten. Doch nicht alle Bedrohungen für die Pressefreiheit sind so leicht zu objektivieren wie die Zahlen getöteter und inhaftierter Journalist_innen. Der Artikel arbeitet die ungleich komplexeren zeitgenössischen Bedrohungen der Pressefreiheit aus der Sicht der Menschenrechtsorganisation „Reporter ohne Grenzen“ heraus und beschreibt, wie die Organisation in ihrer praktischen Arbeit auf diese Probleme reagiert. Dabei wird sowohl auf Probleme in langjährigen Demokratien wie Deutschland als auch auf Probleme in Diktaturen, autoritär regierten und zerfallenden Staaten eingegangen: ausufernde Massenüberwachung, Zensur und Selbstzensur, Straflosgigkeit bei Verbrechen gegen Journalist_innen, Medienkonzentration, neue Gewaltakteure, und die Verantwortung privater Plattformen.

Wie steht es weltweit um die Presse- und Informationsfreiheit? Diese Frage und die jährlich neu erstellte Rangliste der Pressefreiheit von „Reporter ohne Grenzen“ (RoG) implizieren immer die Frage nach der Entwicklung seit dem Vorjahr (Reporter ohne Grenzen 2015), also ob sich die jeweiligen Verhältnisse in den unterschiedlichen Ländern verbessert oder verschlechtert haben. In den vergangenen fünf Jahren war es so schwierig wie selten, einen Vergleich zwischen den Ländern zu ziehen, weil die Situation für Journalist_innen insgesamt sehr schlecht ist – wie auch Berichte zwischenstaatlicher Organisationen wie der Unesco (vgl. Unesco 2016) belegen. Die Rangliste ist der Versuch von RoG, einen Maßstab für den Zustand und die Qualität von Pressefreiheit zu bekommen. Die Liste beruht auf der Befragung von Medienexpert_innen und Journalist_innen auf der ganzen Welt, darunter auch den eigenen Korrespondent_innen der Organisation. Mit Ausnahme von Laos, Eritrea und Nordkorea wurden in allen 180 Ländern

*Christian Mihr,
Dipl.-Journ., ist seit
2012 Geschäftsführer
der Menschenrechts-
organisation „Reporter
ohne Grenzen“
sowie Experte für
internationale
Medienpolitik.*

der Rangliste die Fragebögen vor Ort ausgefüllt (Reporter ohne Grenzen 2016a). In manchen Ländern sind die Korrespondent_innen auch öffentlich bekannt. In anderen Ländern kennt nur die Organisation sie, weil sie andernfalls gefährdet wären. Somit beruht das Gesamtbild auf einer großen Zahl subjektiver Einschätzungen. Denn nicht alle Kriterien sind so leicht zu objektivieren wie die Zahlen getöteter und inhaftierter Journalist_innen.

787 Journalist_innen in zehn Jahren getötet

Betrachtet man die Zahlen getöteter Journalist_innen für die letzten vier Jahre, so lässt sich feststellen, dass sie konstant hoch ist. In den vergangenen zehn Jahren wurden nach Zählung von RoG 787 Journalist_innen und Medienmitarbeiter_innen infolge der Ausübung ihres Berufes getötet (vgl. Reporter ohne Grenzen 2016b). In einigen Regionen ist eine neue Qualität der Gewalt im Umgang mit Journalist_innen zu beobachten, die erschreckt: Medienwirksam inszenierte Enthauptungen durch den sogenannten „Islamischen Staat“ (vgl. El Khazen 2015) und massenhafte Übergriffe gegen Journalist_innen in einigen Ländern zeugen von einer menschenverachtenden Haltung und einer immer extremeren Geringschätzung der Pressefreiheit.

Kontrolle über Informationen ist mehr denn je ein strategisches Kriegsziel, wie derzeit etwa in Syrien oder im Krieg zwischen der Ukraine und Russland.

Kontrolle über Informationen ist heute mehr denn je ein strategisches Kriegsziel, wie derzeit etwa im Krieg zwischen der Ukraine und Russland oder in Syrien, wo Journalist_innen zur Verfügungsmasse der Konfliktparteien geworden sind. In Zahlen ausgedrückt heißt das: Die weltweit gefährlichsten Länder für Medienschaffende sind seit 2014 Syrien und der Irak. Dort wurden jeweils die meisten professionellen Journalist_innen und Bürgerjournalist_innen getötet. Zu den gefährlichsten Ländern und Territorien für Journalisten gehörten in den vergangenen Jahren außerdem der Jemen, Süd-Sudan, Indien, Mexiko, die Philippinen, Honduras, Libyen und die Ukraine (vgl. Reporter ohne Grenzen 2014 und 2015a).

Diese Zahlen schreibt RoG täglich mit einem sogenannten Barometer der Pressefreiheit auf der Webseite fort (vgl. Reporter ohne Grenzen 2016): Demnach saßen Ende November 2016 weltweit mindestens 173 professionelle Journalist_innen und mindestens 149 Bürgerjournalist_innen wegen ihrer Arbeit in Haft. Diese Bürgerjournalist_innen füllen in vielen Ländern mit Hilfe sozialer Netzwerke wie „Facebook“ und „Twitter“

oder ihren Blogs jene Leerstellen, die durch Repressionen oder Selbstzensur oder den Abzug von Auslandskorrespondent_innen in der Berichterstattung der traditionellen Medien entstanden sind, zum Beispiel in Bahrain oder in Saudi-Arabien. Die Länder mit den meisten inhaftierten Journalist_innen waren Ende November 2016: Türkei, China, Ägypten, Eritrea, Iran und Usbekistan. Besonders viele Bürgerjournalisten saßen zu diesem Zeitpunkt neben China, Iran und Syrien auch in Vietnam und Saudi-Arabien im Gefängnis. Die meisten geflohenen Medienschaffenden kamen im zu Ende gehenden Jahr 2016 aus Syrien, Libyen, Afghanistan, Äthiopien und der Türkei. Allein aus Syrien sind seit 2013 insgesamt mehr als 300 Journalist_innen geflohen (vgl. Reporter ohne Grenzen 2016i).

Eine bedenkliche Entwicklung der vergangenen zwei Jahre ist zudem: Journalist_innen müssen immer öfter damit rechnen, bei ihrer Arbeit entführt zu werden. Das erklären die Jahresbilanzen von RoG und für die Jahre 2014, 2015 und auch 2016 deutet sich eine weitere Steigerung an (vgl. Reporter ohne Grenzen 2014; Reporter ohne Grenzen 2015).

Formen der Selbstzensur

Neben all diesen Zahlen stellt die Organisation in ihrem Fragebogen an die Expert_innen auch die wichtige Frage nach der Selbstzensur. Diese ist in vielen Ländern der Welt ein Problem, aber erst auf den zweiten Blick erkennbar – wie unter anderem eine empirische Studie des ungarischen Think Tanks Mertek für den Fall Ungarn beschreibt (vgl. Mertek 2012). Auf die Frage nach der Selbstzensur fallen die Antworten in verschiedenen Regionen letztlich ganz unterschiedlich aus, abhängig davon, ob man einen Journalisten fragt, für den ein hohes Maß an Unabhängigkeit selbstverständlich ist, oder jemanden, der es gewohnt ist, in permanenter Abhängigkeit von politischen und wirtschaftlichen Interessen oder Anzeigenkunden zu arbeiten.

Wie beantworten Journalist_innen die Frage nach der Gewalt im Alltag etwa in einem Land wie Mexiko, wo Tötungen von Berufskolleg_innen für jeden zum Alltag gehören? Welche Antwort gibt demgegenüber ein Journalist im ostdeutschen Bundesland Brandenburg oder im westdeutschen Bundesland Nordrhein-Westfalen, wo es in den vergangenen Jahren mehrfach Angriffe von Neonazis auf Redaktionen gab? Und wie antworten Journalist_innen in Finnland, das seit vielen Jahren auf Platz Eins der Rangliste der Pressefreiheit steht? Die Rangliste

ist ein subjektiver Versuch, die Diskussion über Pressefreiheit anzustoßen und einen Eindruck von der Situation vor Ort zu vermitteln.

Zugespitzt formuliert lässt sich der weltweite Stand der Pressefreiheit deshalb Ende November 2016 so zusammenfassen: Wir stellen seit Jahren eine Stagnation der Repression und eine Zunahme der Gewalt durch nicht-staatliche Akteure wie den Islamischen Staat oder Drogenkartelle fest, die sich an

Nur Tunesien ist ein Hoffnungsträger, der sich auf den, wenngleich nicht einfachen Weg zu einer Demokratie gemacht zu haben scheint.

völkerrechtliche Konventionen zum Schutz von Journalist_innen nicht einmal im Entferntesten gebunden fühlen. Am Ende der Rangliste halten sich unverändert Eritrea, Nordkorea und Turkmenistan – Diktaturen, die die Medien ihrer Länder so gut wie

vollständig kontrollieren. In den Ländern des sogenannten „Arabischen Frühlings“ war eine Weile nicht erkennbar, wohin die Entwicklung geht. Mittlerweile ist klar, dass der Frühling zu einem düsteren Winter mutiert ist: In Syrien herrscht ein nicht enden wollender brutaler Krieg. In Ägypten werden Journalist_innen und Medien derzeit schlimmer verfolgt als unter Mubarak. Nur Tunesien ist ein gewisser Hoffnungsträger und scheint sich auf den, wenngleich nicht einfachen Weg zu einer Demokratie gemacht zu haben.

Verbreitete Strafflosigkeit

Im Übrigen ist weltweit eine ausgeprägte Strafflosigkeit zu beobachten (vgl. Reporter ohne Grenzen 2015): Gewalt gegen Journalist_innen wird in vielen Fällen nicht strafrechtlich verfolgt. So sind etwa das 2009 auf der philippinischen Halbinsel Mindanao begangene Massaker an Journalisten (Hansen 2014) oder der Mord in Syrien an der US-Journalistin Marie Colvin bislang ungesühnt – weshalb RoG die Angehörigen von Marie Colvin bei ihrer Klage gegen die Regierung des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad unterstützt (vgl. Reporter ohne Grenzen 2016c).

Um der verbreiteten Strafflosigkeit jenseits von Einzelfällen grundsätzlich entgegen zu wirken und die Einhaltung bestehender Uno-Resolutionen (United Nations 2015 und United Nations 2016) und weiterer völkerrechtlicher Prinzipien zum Schutz von Journalisten zu überwachen, gibt es derzeit den Vorschlag, bei den Vereinten Nationen einen Uno-Sonderbeauftragten für den Schutz von Journalist_innen einzurichten – nach dem Vorbild des erfolgreich agierenden Uno-Sonderbeauftragten für Kinder und bewaffnete Konflikte.

Situation in Deutschland

Finnland steht, wie schon geschrieben, seit vielen Jahren unangefochten auf Platz Eins der Rangliste der Pressefreiheit. Deutschland rangierte in den vergangenen Jahren meist auf Rang 14 oder 15, im Jahr 2016 auf Platz 16, also relativ weit oben in der Rangliste, aber auf europäischen Mittelplätzen. Vor allem die skandinavischen Länder werden besser beurteilt, aber auch Estland oder Jamaika liegen vor Deutschland, wo die abnehmende Medienvielfalt und die wachsende Medienkonzentration für die Pressefreiheit besonders problematisch erscheinen. Außerdem lässt sich in Deutschland ein Vordringen von Public Relations in den Journalismus feststellen. Es besteht ein zunehmendes Ungleichgewicht zwischen PR und Journalismus in den Medien (vgl. Reporter ohne Grenzen 2016e). Erwähnenswert ist zudem, dass Deutschland über eines der schwächsten Informationsfreiheitsgesetze weltweit verfügt (vgl. Access Info/Centre for Law and Democracy 2016), also das Gesetz, das den Zugang von Bürger_innen und Journalist_innen zu Behördeninformationen regelt. Und last but not least betrifft die anlasslose Massenüberwachung und die Datengier des Staates Journalist_innen in einem ganz besonderen Maß – etwa durch die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung, obwohl es u. a. laut einer Untersuchung des Fraunhofer-Instituts keine Belege für höhere Aufklärungsquoten gibt (vgl. Hoeren 2015), oder durch die vor kurzem mehr oder weniger unter Ausschluss der Öffentlichkeit etablierte neue Bundesbehörde ZITiS, die Verschlüsselungstechniken knacken soll (vgl. Krempel 2016).

Leider herrscht in Deutschland und in der EU im Hinblick auf die Pressefreiheit oft eine Doppelmoral, wie sie in vielen Feldern der Menschenrechtspolitik zu beobachten ist – so werden z. B. Pressefreiheitsverletzungen in Belarus sehr scharf kritisiert, während man hinsichtlich der Türkei sehr zurückhaltend auftritt, obwohl die Türkei derzeit eine beispiellose Repressionswelle erfährt und neben Ägypten und China mittlerweile zu den größten Gefängnissen für Journalist_innen weltweit zählt.

In Deutschland und der EU herrscht hinsichtlich der Pressefreiheit eine Doppelmoral, wie auch in der Menschenrechtspolitik.

Hilfe für bedrängte Journalist_innen

Als globale Organisation zieht RoG Konsequenzen aus den weltweiten Bedrohungen. Sie wird z. B. konkret mit dem Bereich Nothilfe aktiv, in dem mehrere Mitarbeiter_innen im internati-

onalen Sekretariat in Paris wie auch in Berlin tätig sind. Aktuelle Aufgaben in Sachen Nothilfe übernimmt der Arbeitsbereich weltweit: Schwerpunkte sind momentan u. a. Türkei, Syrien, Burundi, Afghanistan, Aserbaidshan, Iran und Ägypten. Aber auch in Mexiko, Kolumbien, Vietnam, Russland und dem Kongo hilft die Organisation Menschen, indem beispielsweise Anwaltskosten und Arztuntersuchungen nach Prügelattacken finanziert werden oder kurzfristig Stipendien für eine Auszeit in Deutschland oder einem anderen Land vergeben werden. In der Ukraine hat die Organisation vor einer Weile sehr viele schussichere Westen für Journalist_innen im Osten des Landes finanziert, ebenso vor kurzem im Osten der Türkei. Außerdem begleitet das Nothilfeferat Journalist_innen im Asylverfahren. Syrien und Afghanistan stehen hier im Moment im Zentrum der Asyl-Arbeit in Deutschland.

Internet, ein Raum der Repression

„Reporter ohne Grenzen“ setzt sich auch auf politischer Ebene gegen Repressionen ein und engagiert sich sehr stark für Internetfreiheit – durch politische Arbeit, aber auch durch Aktionen wie „Grenzenloses Internet“ am 12. März der vergangenen beiden Jahre, dem Welttag gegen Internetzensur (vgl. Reporter ohne Grenzen 2016f): An diesen Tagen wurden in mehreren Ländern zensierte Webseiten wieder zugänglich gemacht, indem diese gespiegelt und in die Clouds großer Server-Anbieter wie Amazon, Google und Microsoft gelegt wurden. Die Webseiten hätte man zwar erneut sperren können – doch das haben sich u. a. Länder wie China, Kuba und Russland nicht getraut. Das war genauso erwartet worden, da der volkswirtschaftliche Schaden durch die Sperrung kompletter Server von Amazon und Co. riesig gewesen wäre.

Das Internet ist – analog zu seiner wachsenden Bedeutung als öffentlicher Raum – eine immer wichtigere Sphäre, weil auch hier Repressionen zunehmen. Das hat nicht zuletzt der NSA-Skandal deutlich gemacht. Nicht mehr nur Staaten, sondern auch private Akteure, das heißt auch einzelne Unternehmen, bedrohen mit steigender Tendenz die Pressefreiheit: So hat das European Center for Constitutional and Human Rights u. a. zusammen mit RoG eine sogenannte OECD-Beschwerde gegen zwei Überwachungstechnik-Unternehmen eingeleitet, die menschenrechtliche Verstöße von Überwachungssoftware-Herstellern zu Tage gefördert haben (vgl. European Center for Constitutional and Human Rights 2014). Interessant

ist im Übrigen die Initiative „Ranking Digital Rights“, die seit 2016 die menschenrechtliche Performance großer IT-Konzerne mittels einer ausgefeilten Methodik evaluiert – darunter auch Plattformen wie „Facebook“ und „Twitter“, die wesentliche Plattformen für Journalismus sind und die sich oft nicht ausreichend ihrer menschenrechtlichen Verantwortung stellen (vgl. Ranking Digital Rights 2015).

Erwähnenswert in diesem Zusammenhang ist auch, dass RoG im Sommer 2015 den deutschen Bundesnachrichtendienst (BND) verklagt hat. Wohl gemerkt nicht, weil er im Geheimen arbeitet, sondern weil er wie durch die Arbeit des NSA-Untersuchungsausschusses im Deutschen Bundestag und durch Medien bekannt wurde – systematisch Gesetze bricht und dadurch auch der journalistische Quellenschutz bedroht ist (vgl. Schwarz 2015). Die Klage, die im Dezember 2016 vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig verhandelt wird, zielt vor allem auf eine Verbesserung der Geheimdienstaufsicht. Dass das notwendig ist, zeigt auch die fundamentale Kritik von gleich drei UNO-Sonderberichterstatte(rn) (vgl. Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights 2016) und der OSZE-Medienfreiheitsbeauftragten (vgl. OSCE Representative on Freedom of the Media 2016) an dem im Sommer 2016 reformierten BND-Gesetz, die es in wesentlichen Teilen als unvereinbar u. a. mit dem die Presse- und Informationsfreiheit betreffenden Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte beschrieben haben. Das ist insofern bemerkenswert, weil sich die Berichterstatte(rn) ansonsten vor allem zu Menschenrechtsverletzungen in Diktaturen und autoritären Staaten äußern.

„Reporter ohne Grenzen“ engagiert sich gegen den Einsatz und den Export von Überwachungstechnologien, sowohl bei Software als auch Hardware.

Problematische Überwachungstechnik

Ganz konkret engagiert sich RoG zudem gegen den Einsatz und den Export von Überwachungstechnologien, und zwar sowohl bei Software wie auch bei Hardware. Diese Software, die Journalist_innen oder Menschenrechtsaktivist_innen per Mail oder per SMS geschickt werden kann, ermöglicht ihre kontinuierliche Überwachung. Auch entsprechende Hardware-Produkte wurden lange aus Deutschland exportiert. Kritikwürdig ist, dass diese Hardwarelieferungen durch Export-Bürgschaften abgesichert sind, weil sie als Wirtschaftsgüter wie viele andere angesehen werden.

Eine Auswertung zeigte, dass knapp die Hälfte der betreuten Journalisten von Überwachung betroffen, gefoltert oder verfolgt wurden.

Der Handel mit Zensur- und Überwachungstechnik muss besser kontrolliert und im Hinblick auf den Export wie Waffen ausföhren behandelt werden. Dabei gab es Ende 2014 einen ersten politischen Erfolg: Seitdem ist solche Technik erstmals in das 1996 geschlossene sogenannte Wassenaar-Abkommen für Exportkontrollen von konventionellen Waffen und doppelverwendungsfähigen Gütern und Technologien aufgenommen worden (vgl. Ruhenstroth 2013; Stupp 2016). Dieses Abkommen regelt vor allem den Export konventioneller Waffen. Dass diese Online-Gefahr real ist und offline Konsequenzen haben kann, zeigt zum Beispiel der Fall der unabhängigen Nachrichtenseite „uznews.net“. Vor einer Weile musste die führende Nachrichtenseite für Usbekistan ihren Betrieb einstellen, weil ihre verdeckt aus Usbekistan berichtenden Mitarbeiter_innen nicht mehr ausreichend geschützt werden konnten: Einen Monat zuvor war das E-Mail-Konto der Gründerin und Chefredakteurin gehackt und sensible Daten wie die Namen ihrer Mitarbeiter_innen ins Internet gestellt worden (vgl. Radio Free Europe 2014). „Reporter ohne Grenzen“ hat im Rahmen der Nothilfe-Arbeit den Mitarbeiter_innen in einer Nacht-und-Nebel-Aktion geholfen, das Land zu verlassen. Eine interne Auswertung offenbarte, dass in knapp der Hälfte aller von RoG betreuten Nothilfe-Fälle, Journalist_innen in der Folge von Überwachung betroffen, gefoltert oder verfolgt wurden (vgl. Deutscher Bundestag 2015).

Medienkonzentration als Strukturproblem

Einfluss hat das Internet auch auf die Medienkonzentration als strukturelles Grundproblem für die Pressefreiheit: Die Markteintrittsbarrieren der heutigen, digitalen Medienwirtschaft sind niedriger denn je. Gleichzeitig verändern sich die traditionellen Geschäftsmodelle der Branche in den meisten Ländern so extrem, dass neue Konzentrationsprozesse sichtbar werden. Das gilt in globalem, nationalem und lokalem Maßstab. Während aber die wenigen, sprichwörtlichen Medienzaren aus der Zeit der Industrialisierung wohl bekannt waren, ist im heutigen Informationszeitalter meist genau das Gegenteil der Fall. Dabei ist es nicht egal, wem ein Sender, ein Verlag oder ein wichtiges Internetportal gehört, denn zunehmend dienen Massenmedien nicht nur der Allgemeinheit zur Meinungsbildung, sondern den Eigentümern als Waffe bei der Durchsetzung ihrer vielfältigen

Interessen (vgl. Levy 2016). Transparenz der Besitzverhältnisse ist daher eine wichtige Grundvoraussetzung, sowohl für die Medienkompetenz der Allgemeinheit, wie für die Medienregulierung und eine effektive Konzentrationskontrolle. Das ist zum Beispiel auch den Parteien im kolumbianischen Friedensprozess bewusst, die in ihrem Friedensvertrag diesem Thema einen ganzen Abschnitt widmen (vgl. Alto Comisionado para la Paz 2016). „Reporter ohne Grenzen“ hat deshalb im Jahr 2015 in Kolumbien seinen weltweiten „Media Ownership Monitor“ gestartet, dem mittlerweile zahlreiche weitere nachgefolgt sind (Reporter ohne Grenzen 2016g). Der Media Ownership Monitor ist ein standardisiertes Recherche- und Publikationsinstrument, das Transparenz von Besitzverhältnissen nationaler Massenmedien schafft bzw. fördert. Eigentumsanteile der Medienhäuser in Verbindung mit Marktanteilen derer Produkte geben am Ende einen Indikator für Medienpluralismus in einem jeweiligen Zielland ab.

Den Anfängen wehren

Abschließend ist es wichtig, darauf hinweisen, was Journalist_innen und Bürger_innen auch in Deutschland, der Schweiz oder in Österreich für die Pressefreiheit tun können. Denn auch sie haben Entscheidungsspielräume. Jürgen Leinemann, der jahrzehntelang beim Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ tätige Journalist, hat immer wieder darauf hingewiesen, dass es zwar ganz normal sei, aber völlig inakzeptabel ist, wenn die Pressefreiheit verletzt wird:

„Angefochten wird die Freiheit erst wirklich, wenn Redaktionen oder Journalisten nicht den Anfängen wehren, wenn sie leichtfertig hinnehmen, was man mit ihnen macht, oder wenn sie gar in vorauseilendem Gehorsam gegenüber irgendwem vorwegnehmen, was irgendwelche Mächtigen vielleicht tun konnten. Ist nicht die vielbeklagte ‚Scheren im Kopf‘ oft eher ein Sofa im Kopf? Ausdruck von Bequemlichkeit und nicht von berechtigter Furcht vor Risiken?“ (Leinemann 2005)

Pressefreiheit als ein unverzichtbarer Teil des demokratischen Systems funktioniert also nur dann, wenn sie auch eingefordert und aktiv verteidigt wird, auch in Europa – wie wir tragischerweise Anfang des Jahres 2015 in Paris erleben mussten, aber eben auch in Deutschland: Denn dass mittlerweile Teile der deutschen Gesellschaft Journalist_innen, trotz teilweise sicherlich berechtigter Kritik, pauschal mit dem historisch

belasteten Kampfbegriff „Lügenpresse“ diffamieren, offenbart eine erschreckende Geringschätzung der Unabhängigkeit der Medien und ihrer Rolle in einer offenen Gesellschaft. Und dass bei einer Petition von RoG für Pressefreiheit in der Türkei rund 100 000 Unterschriften, im selben Zeitraum 2016 aber nur knapp 7000 Unterschriften gegen das pressefreiheitswidrige neue deutsche BND-Gesetz zusammengekommen sind, zeigt einmal mehr: Eine Freiheit, um die nicht gerungen wird, stirbt. Das können wir in vielen Diktaturen der Welt beobachten.

Literatur

- Access Info / Centre for Law and Democracy* (2016): *Global Right to Information Rating*. Halifax/Madrid. <http://www.rti-rating.org/> (zuletzt aufgerufen am 19.11.2016).
- Alto Comisionado para la Paz* (2016): *Texto completo del Acuerdo Final para la Terminación del Conflicto y la Construcción de una Paz Estable y Duradera*. Bogotá. <http://www.altocomisionadoparalapaz.gov.co/procesos-y-conversaciones/Paginas/Texto-completo-del-Acuerdo-Final-para-la-Terminacion-del-conflicto.aspx> (zuletzt aufgerufen am 19.11.2016).
- Deutscher Bundestag* (2015): *Fragen für das Fachgespräch des Ausschusses Digitale Agenda zum Thema „Effektivierung der Kontrolle des Exports von Überwachungs- und Spionagesoftware auf deutscher und europäischer Ebene und öffentliche Auftragsvergabe“* am 16.12.2015. Antworten von Christian Mihr. Berlin. <https://www.bundestag.de/blob/399492/9ea1ccc19c0226f919df2e813274646e/a-drs-18-24-88-data.pdf> (zuletzt aufgerufen am 19.11.2016).
- European Center for Constitutional and Human Rights* (2014): *Gamma/FinFisher: Großbritannien rügt deutsch-britischen Software-Hersteller*. Berlin. <https://www.ecchr.eu/de/unsere-themen/wirtschaft-und-menschenrechte/ueberwachungs-technologie.html> (zuletzt aufgerufen am 19.11.2016).
- El Khazen, Alexandra* (2015): *Djihad against journalists*. Paris. <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/presse/pressemitteilungen/meldung/dschihad-gegen-journalisten/> (zuletzt aufgerufen am 19.11.2016).
- Hansen, Sven* (2014): *Journalisten-Massaker auf Philippinen. Massenmord ungesühnt*. In: *taz.de* vom 21.11.. <http://www.taz.de/!5028159/> (zuletzt aufgerufen am 19.11.2016).
- Hoeren, Thomas* (2015): *Vorratsdatenspeicherung im neuen Gewand: Die Leitlinien des BMJV und ihre Auswirkungen auf die Polizeiarbeit*. In: *Kriminalistik*, 69. Jg., H. 7, S. 469-472.
- Krempel, Stefan* (2016): *Bundshaushalt: Grünes Licht für Entscheidungsbefugnisse*. In: *heise.de* vom 11.11. <http://www.heise.de/>

- newsticker/meldung/Bundeshaushalt-Gruenes-Licht-fuer-Entschliessungsbehoerde-Zitis-3464381.html* (zuletzt aufgerufen am 19.11.2016).
- Leinemann, Jürgen (2005): *Medien im Höhenrausch. Zum Spannungsverhältnis von Journalisten und Politikern*. Hamburg. <https://netzwerkrecherche.org/blog/medien-im-hoehenrausch-von-juergen-leinmann-2005/> (zuletzt aufgerufen am 19.11.2016).
- Levy, Alexandre (2016): *Media Oligarchs Go Shopping*. Paris. https://rsf.org/sites/default/files/oligarchs_eng.pdf (zuletzt aufgerufen am 19.11.2016).
- Mertek (2012): *Self-Censorship in the Hungarian Press*. Budapest. <http://mertek.eu/en/reports/self-censorship-in-the-hungarian-press> (zuletzt aufgerufen am 19.11.2016).
- Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights (2016): *29/08/2016 - Draft law «Gesetz zur Ausland-Ausland-Fernmeldeaufklärung des Bundesnachrichtendienstes», known as the «BND law»*. Genf. http://www.ohchr.org/Documents/Issues/Opinion/Legislation/OL_DEU_2.2016.pdf (zuletzt aufgerufen am 19.11.2016).
- OSCE Representative on Freedom of the Media (2016): *Surveillance amendments in new law in Germany pose a threat to media freedom, OSCE Representative says, asks Bundestag to reconsider bill*. <http://www.osce.org/fom/252076> (zuletzt aufgerufen am 19.11.2016).
- Priest, Dana (2016): *War reporter Marie Colvin was tracked, targeted and killed by Assad's forces, family says*. In: *The Washington Post* vom 9. 7. https://www.washingtonpost.com/world/national-security/war-reporter-marie-colvin-was-tracked-targeted-and-killed-by-assads-forces-family-says/2016/07/09/62968844-453a-11e6-88d0-6adee48be8bc_story.html (zuletzt aufgerufen am 19.11.2016).
- Radio Free Europe (2014): *Website critical of Uzbek government ceases operation*. In: *Radio Free Europe* vom 20. 12. <http://www.rferl.org/a/uzbekistan-opposition-website-closes-hacked/26754316.html> (zuletzt aufgerufen am 19.11.2016).
- Ranking Digital Rights (2015): *Ranking 2015. The 2015 Ranking Digital Rights Corporate Accountability Index*. Washington D.C. <https://rankingdigitalrights.org/index2015/> (zuletzt aufgerufen am 19.11.2016).
- Reporter ohne Grenzen (2015): *15 exemplarische Fälle von Strafflosigkeit*. Berlin https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Presse/Downloads/Berichte_und_Dokumente/2015/151102_Fallbeispiele_Welttag_gegen_Strafflosigkeit_-_ROG.pdf (zuletzt aufgerufen am 19.11.2016).
- Reporter ohne Grenzen (2014): *Jahresbilanz der Pressefreiheit 2014*. Berlin. https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Presse/Downloads/Jahresbilanz/Jahresbilanz_der_Pressefreiheit_2014.pdf (zuletzt aufgerufen am 19.11.2016).

- Reporter ohne Grenzen (2015a): *Jahresbilanz der Pressefreiheit. Getötete Journalisten und gefährlichste Regionen weltweit*. Berlin. <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/jahresbilanz/2015/teil-2/> (zuletzt aufgerufen am 19.11.2016).
- Reporter ohne Grenzen (2015b): *Jahresbilanz der Pressefreiheit. Inhaftierte, entführte oder verschwundene Journalisten 2015*. Berlin. https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Presse/Downloads/Jahresbilanz/Jahresbilanz_der_Pressefreiheit_2015_Teil_1.pdf (zuletzt aufgerufen am 19.11.2016).
- Reporter ohne Grenzen (2016): *Rangliste der Pressefreiheit 2016*. Berlin. <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/rangliste/2016/> (zuletzt aufgerufen am 19.11.2016).
- Reporter ohne Grenzen (2016a): *Fragebogen. ROG-Rangliste der Pressefreiheit 2015*. Berlin. https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Presse/Downloads/Ranglisten/Rangliste_2015/Rangliste_Fragebogen_DE.pdf (zuletzt aufgerufen am 19.11.2016).
- Reporter ohne Grenzen (2016b): *Breites Bündnis fordert UN-Sonderbeauftragten*. Berlin. <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/presse/pressemitteilungen/meldung/breites-buendnis-fordert-un-sonderbeauftragten/> (zuletzt aufgerufen am 19.11.2016).
- Reporter ohne Grenzen (2016c): *Colvin-Hinterbliebene verklagen Assad-Regime*. Berlin. <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/presse/pressemitteilungen/meldung/colvin-hinterbliebene-verklagen-assad-regime/> (zuletzt aufgerufen am 19.11.2016).
- Reporter ohne Grenzen (2016d): *Ein Sonderbeauftragter des UN-Generalsekretärs für den Schutz von Journalisten*. Berlin. https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Presse/Downloads/Berichte_und_Dokumente/2016/UN-Sonderbeauftragter_fuer_den_Schutz_von_Journalisten_-_ROG-Empfehlungen.pdf (zuletzt aufgerufen am 19.11.2016).
- Reporter ohne Grenzen (2016e): *Deutschland. Die Situation der Pressefreiheit im Überblick*. Berlin. <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/deutschland/nahaufnahme/2016/> (zuletzt aufgerufen am 19.11.2016).
- Reporter ohne Grenzen (2016f): *Feinde des Internets 2016: Grenzenloses Internet: Reporter ohne Grenzen entsperrt zensierte Webseiten*. Berlin. https://www.reporter-ohne-grenzen.de/feinde_internet/2016/ (zuletzt aufgerufen am 19.11.2016).
- Reporter ohne Grenzen (2016g): *Media Ownership Monitor*. Berlin. <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/mom/> (zuletzt aufgerufen am 19.11.2016).
- Reporter ohne Grenzen (2016h): *Barometer der Pressefreiheit*. Berlin. <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/barometer/2016/> (zuletzt aufgerufen am 19.11.2016).

- Reporter ohne Grenzen (2016i): Nothilfe-Arbeit von Reporter ohne Grenzen. Überblick 2015. https://www.reporter-ohne-grenzen.de/uploads/tx_lfnews/media/ROG-Nothilfe_2015.pdf (zuletzt aufgerufen am 19.11.2016).
- Ruhenstroth, Miriam (2013): Wassenaar-Abkommen. Export von Überwachungstechnologie wird stärker reguliert. In: iRights info vom 10. 12. <https://irights.info/artikel/export-von-uberwachungstechnologie-wird-starker-reguliert/20053> (zuletzt aufgerufen am 19.11.2016).
- Schwarz, Franziska (2015): Reporter ohne Grenzen verklagen BND. In Süddeutsche Zeitung vom 1.7. <http://www.sueddeutsche.de/digital/ueberwachung-von-e-mails-reporter-ohne-grenzen-verklagen-bnd-1.2545573> (zuletzt aufgerufen am 19.11.2016).
- Stupp, Catherine (2016): Commission plans export controls for surveillance technology. In: EurActiv vom 22.7. <http://www.euractiv.com/section/trade-society/news/technology-companies-face-export-hurdles-under-draft-eu-rules/> (zuletzt aufgerufen am 19.11.2016).
- United Nations (2015): Security Council Resolution (S/RES/2222). New York. [http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/RES/2222\(2015\)](http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/RES/2222(2015)) (zuletzt aufgerufen am 19.11.2016).
- United Nations (2016): Human Rights Council Resolution (A/HRC/RES/33/2) on the Safety of journalists. Geneva. http://ap.ohchr.org/documents/dpage_e.aspx?si=A/HRC/33/L.6 (zuletzt aufgerufen am 19.11.2016).
- Unesco (2016): Time to break the cycle of violence against journalists. Paris http://en.unesco.org/sites/default/files/unesco_report_rgb_english.pdf (zuletzt aufgerufen am 19.11.2016).